

### Thema der Woche

Neuer Kohäsionsbericht: Fokus muss auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit liegen

### In Kürze

Einigung zur Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern in Sicht  
Doppelbesteuerungsstreitigkeiten: Neue Regelungen für mehr Steuergerechtigkeit positiv

Neue Risikokapitalvorschriften sollen Investitionen ankurbeln

EWSA-Plenum: Eurovignette, Säule Sozialer Rechte

### Neues aus der Kommission

Bankenunion bis Ende 2018 muss Finanzsystem stabiler machen

### Neues aus dem Rat

Schlussfolgerungen des Tallinn Gipfels zur Schaffung eines Digitalen Kontinents

### Neues aus dem Europäischen Parlament

Berufskraftfahrergrundqualifikation und Weiterbildung: Berichterstatter hat Trilogmandat - Adäquate Schulungen und deren Anerkennung sind gefordert  
ITRE-Ausschuss positioniert sich zur Gebäudeeffizienz-Richtlinie - trotz leichter Verbesserungen noch hoher Investitionsbedarf zur Förderung der E-Mobilität  
Mehrjähriger Finanzrahmen post-2020: Mehr Geld muss für Wirtschaft und Wachstum fließen

## Neues aus anderen Bereichen

Small Business Standards Konferenz: KMU müssen besser in Normungsprozess involviert sein

## Statistik der Woche

Europäer fliegen immer öfter

## Jobs+Jobs+Jobs

Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der EU sucht Finanzassistent

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht ICT Officer

StVÖ sucht Assistentin/Assistenten für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

## Veranstaltungen

Sektorseminar „Nachhaltige Energie im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 21. November in Brüssel – Anmeldung noch bis 8. November möglich!

WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in Brüssel

## EU-Agenda

EU-Kommission: 2229. Sitzung am 18. Oktober 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

## Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenberg 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

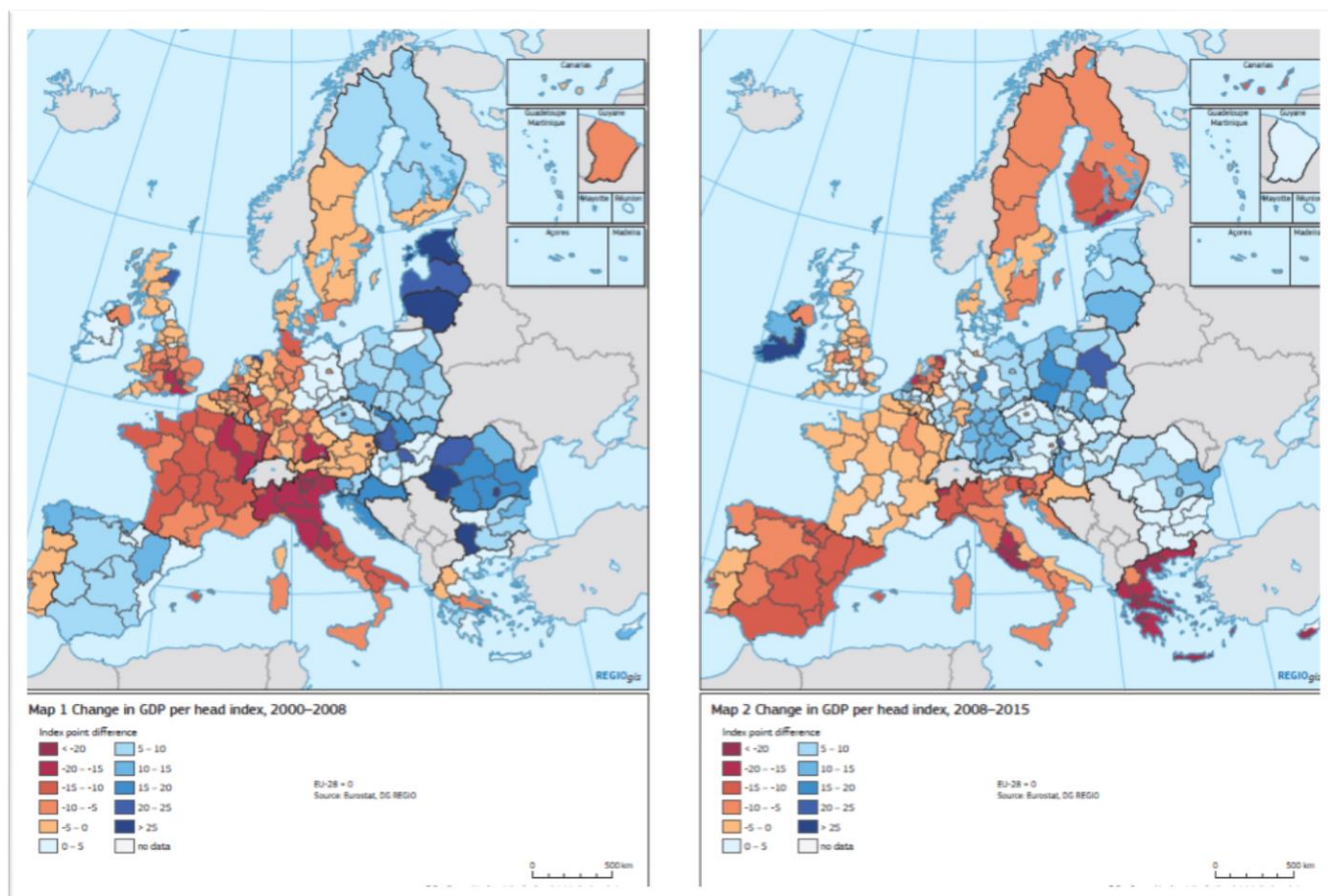
Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
eu@eu.austria.be

# Thema der Woche

## Neuer Kohäsionsbericht: Fokus muss auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit liegen

Pünktlich zum Auftakt der **Europäischen Woche der Regionen und Städte** hat die **Europäische Kommission** am Montag ihren neuen, **siebten Kohäsionsbericht** vorgelegt. Alle drei Jahre wird der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt in der EU analysiert. In der diesjährigen Ausgabe werden die EU-Regionen unter die Lupe genommen und Lehren aus den kohäsionspolitischen Ausgaben während der Krisenjahre gezogen. Zudem liefert der Bericht **Input für die Debatte über die Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2020**. Angesprochen werden eine EU-weite Politik mit drei Hauptzielen: die Globalisierung meistern, niemanden zurücklassen und **Strukturreformen unterstützen**.

Laut Bericht kommt Europas Wirtschaft wieder in Schwung, und die regionalen Unterschiede werden abgebaut. Trotzdem sind noch nicht alle Regionen gleich weit entwickelt. Wie schon im Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen wird zudem auch im Kohäsionsbericht **anerkannt, dass die Verbindung zwischen der Kohäsionspolitik und der wirtschaftlichen Steuerung der EU gestärkt werden muss**, um Reformen für ein wachstumsförderndes Umfeld zu unterstützen.



© European Union

Nach Ansicht der WKÖ muss der Fokus der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) weiterhin auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen liegen. Beibehalten werden sollte ein gemeinsamer

### Inhaltsverzeichnis

**strategischer Rahmen für die drei Kohäsionsfonds** – den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds – sowie auch den **Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)**. Letzterer ist **auch ein regionalpolitisches Instrument, nicht bloß ein Instrument der Landwirtschaftsförderung**, sodass eine bessere Abstimmung auf EU-, nationaler und regionaler Ebene wichtig ist. Im Detail fordern wir, dass im Rahmen des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums auf die Stärkung der lokalen Unternehmer Bedacht genommen wird und insbesondere Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette von der Urproduktion bis zum Konsumenten gestärkt werden.

Ein **wesentliches Anliegen der WKÖ ist die Fortsetzung der Vereinfachungsbemühungen**. Die übermäßige Förderbürokratie konterkariert die Ziele der ESIF, weil die bürokratischen Anforderungen nach unseren Erfahrungen viele Akteure davon abhalten, Projekte einzureichen. Die WKÖ begrüßt in diesem Zusammenhang die im Juli 2017 veröffentlichten Empfehlungen der „Hochrangigen Gruppe für Vereinfachung“ für die nächste Förderperiode.

**Falls die Mittel für die ESIF auf Grund des Brexit und wegen anderer Priorisierungen in einem stärkeren Ausmaß gekürzt werden sollten**, muss der Fokus noch stärker auf **Projekte mit europäischen Mehrwert** gelegt werden (wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Innovation und Vernetzung von KMU). Die Regionalförderung muss im Rahmen der ESIF noch zielgerichteter erfolgen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

#### Inhaltsverzeichnis

## In Kürze

### Einigung zur Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern in Sicht

Nach langen Verhandlungen im Europäischen Parlament scheint eine Einigung im Beschäftigungsausschuss zur Richtlinie über entsandte Arbeitnehmer in Sicht. **Diskussionspunkte bislang waren insbesondere die Entsendedauer, die Rechtsgrundlage und die Frage nach sektorspezifischen Regelungen für den Straßenverkehr**. Der mögliche Kompromiss würde eine Einigung auf eine Gesamtdauer von 24 Monaten (wie bereits im Vorschlag der Kommission vorgesehen), die Erweiterung der rechtlichen Grundlage auf Art. 153 AEUV und die Aufrechterhaltung des Erwägungsgrundes 10 bzgl. Straßenverkehr (sektor-spezifische Regelung) bedeuten. Die EU-Parlamentarier des Beschäftigungsausschusses stimmen am Montag, den 16. Oktober ab. Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich wäre insbesondere wichtig, eine bessere Verwaltungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu ermöglichen, um so die praktische Anwendung der Entsendevorschriften zu verbessern.

### Doppelbesteuerungstreitigkeiten: Neue Regelungen für mehr Steuergerechtigkeit positiv

Der Rat hat am 10. Oktober ein neues System für Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungstreitigkeiten in der Europäischen Union endgültig angenommen. Die Streitbeilegung soll unter anderem dadurch verbessert werden, dass die **Reichweite der von den Streitbeilegungsmechanismen erfassten Fälle ausgedehnt und klare Fristen für die Beilegung festgelegt** werden. Dadurch werden steuerliche Rahmenbedingungen geschaffen, die die Befolgungskosten für die Unternehmen auf ein Minimum reduzieren sollen. Bereits am 23. Mai hatte sich der Rat für Wirtschaft und Finanzen auf den Text geeinigt. **Bis zum 30. Juni 2019 haben die Mitgliedstaaten Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen**. Das neue System gilt für Streitigkeiten,

die nach diesem Zeitpunkt im Zusammenhang mit jenem Steuerjahr auftreten, das am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnt. Initiativen, die zu einem gerechteren Steuerumfeld für unsere Unternehmen beitragen, werden von der WKÖ grundsätzlich begrüßt.


## Neue Risikokapitalvorschriften sollen Investitionen ankurbeln

Nach der Einigung im Trilog am 30. Mai 2017 sowie der Zustimmung im Plenum des Europäischen Parlaments am 14. September 2017 hat der Rat am 9. Oktober die **neuen Risikokapitalvorschriften** offiziell verabschiedet. Diese sind Teil der Kapitalmarktunion und zielen darauf ab, Investitionen in Unternehmensgründungen und Innovationen im Einklang mit dem EU-Investitionsplan für Europa anzukurbeln. **Mit dem Vorschlag werden die im Jahr 2013 erlassenen Vorschriften über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF) angepasst.** In Zukunft sollen diese Fonds für Fondsmanager aller Größen zugänglich gemacht sowie das Spektrum der Unternehmen, in die die Fonds investieren können, erweitert werden. Die WKÖ begrüßt die neuen Regelungen insgesamt: Aufgrund des bisher geringen Volumens in diesem Bereich braucht es weitere wesentliche Vereinfachungen, um einen Beitrag zur Diversifizierung der Finanzierungsgrundlage von KMU zu leisten.

## EWSA-Plenum: Eurovignette, Säule Sozialer Rechte

Auf der **Tagesordnung** der nächsten **Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses am 18. und 19. Oktober 2017** finden sich unter anderem Stellungnahmen zu folgenden Themen: Säule Sozialer Rechte, Eurovignette, Europäisches Solidaritätskorps, Klimagerechtigkeit, Besteuerung der kollaborativen Wirtschaft.

Inhaltsverzeichnis



## Neues aus der Kommission

### Bankenunion bis Ende 2018 muss Finanzsystem stabiler machen

Die Europäische Kommission hat am 11. Oktober in einer **Mitteilung** ihre Vorschläge präsentiert, um die Bankenunion bis 2018 vollenden zu können. Diese enthält einen **ehrgeizigen Fahrplan zur Ergänzung der noch fehlenden Elemente und soll – gemeinsam mit der Kapitalmarktunion – helfen, das Finanzsystem stabil zu machen und Finanzmärkte besser zu verknüpfen.** Die Vollendung der Bankenunion ist ein großes Ziel der Kommission und wurde zuletzt auch in Kommissionspräsident Junckers Rede zur **Lage der Union** sowie dem **Reflexionspapier über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion** hervorgehoben.

In der Mitteilung fordert die Kommission das Europäische Parlament sowie die Mitgliedstaaten auf, ihre Vorschläge zur Verringerung der Risiken und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Banken in der EU so rasch wie möglich anzunehmen. **Bis Ende des Jahres 2018 sollen unter anderem eine Einigung zum Vorschlag aus dem Jahr 2015 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Einlagenversicherungssystems (EDIS) sowie zum umfassenden Bankenreformpaket, das Ende 2016 vorgestellt wurde, erzielt werden.** Die Arbeiten zu EDIS waren vor über einem Jahr ins Stocken geraten. Ein Weiterkommen ist stark von einer politischen Einigung abhängig. EDIS soll laut der Mitteilung nun in zwei Stufen eingeführt werden: zuerst eine Rückversicherungs- und schließlich eine Mitversicherungsphase. An der Zielrichtung des Instruments wurde jedoch nichts geändert. Auch bei den Arbeiten zum Bankenreformpaket konnten bislang nur geringe Fortschritte erzielt werden.

Des Weiteren wird in der Kommission unter anderem an einem Maßnahmenpaket zum Abbau notleidender Kredite gearbeitet. Wie bereits in ihrer Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion angekündigt, plant die Kommission zudem, bis Ende des Jahres 2017 Regeln für große Wertpapierfirmen, die bankähnliche Aufgaben wahrnehmen, vorzuschlagen. Auch soll die gemeinsame Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds vollständig umgesetzt werden.

Die WKÖ befürwortet die Vollendung der Bankenunion, weist jedoch auf die Notwendigkeit eines gelebten Proportionalitätsprinzips hin. Die Skepsis zur Diskussion über eine Vergemeinschaftung der Risiken wurde unter anderem durch die aktuellen umstrittenen Maßnahmen betreffend die italienischen Bankenrettungen weiter verstärkt.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

#### Inhaltsverzeichnis



### Schlussfolgerungen des Tallinn Gipfels zur Schaffung eines Digitalen Kontinents

Der Estnische Premierminister hat am 6. Oktober seine Schlussfolgerungen zum Digitalen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Tallinn am 29. September veröffentlicht. Während zwei Arbeitssitzungen wurden die Themen Sicherheit, E-Government, Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft besprochen. Um den bevorstehenden Europäischen Rat vorzubereiten, werden sich die **EU-Minister für Digitales zu einem außerordentlichen Treffen am 24. Oktober zusammenfinden**, um die Arbeiten weiter voranzubringen.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen beinhalten die **Notwendigkeit einer effizienteren Nutzung von digitalen Instrumenten durch den öffentlichen Sektor**, um öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen und Bürger zu verbessern sowie gleichzeitig Kosten zu senken und Innovationen zu fördern. Ziel soll auch sein, **Europa zu einem weltweiten Vorreiter in Sachen Cybersicherheit bis 2025** zu machen.

Europa soll insgesamt zu einem **Kontinent für Innovation und Technologie** werden und alle Vorzüge der Datenfreizügigkeit ausschöpfen. Digitale Kompetenz sollte als die neue Alphabetisierung universal gelehrt werden, wobei sich die Staats- und Regierungschefs auch weiterhin zu einem sozialen Modell, das der digitalen Wirtschaft gerecht wird, bekennen. Europa sollte außerdem in eine **Infrastruktur von Weltklasse** investieren, um ein erstklassiger Akteur auf globaler Ebene zu bleiben.

Letzteres ist u.a. ganz im Sinne der WKÖ, denn eine **moderne Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist im Rahmen der Digitalisierung die zentrale Grundlage** für weitere Entwicklungen und daher ein wesentlicher Standortfaktor. IKT-Anwendungen bieten die Basis dafür, dass Prozesse in allen Branchen effizienter gestaltet, die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen vorangetrieben und Netzwerkeffekte generiert werden können. **Datenschutz und Cybersicherheit sind unverzichtbare Voraussetzungen** für die Nachhaltigkeit dieser Prozesse.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

#### Inhaltsverzeichnis

# Neues aus dem Europäischen Parlament

## Berufskraftfahrergrundqualifikation und Weiterbildung: Berichterstatter hat Trilogmandat - Adäquate Schulungen und deren Anerkennung sind gefordert

Der **Verkehrsausschuss** des Europäischen Parlaments stimmte diese Woche über die **Richtlinie 2003/59/EG**, welche die Anforderungen an die **Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern** von Lastkraftwagen und Bussen regelt, ab.

Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, dass Kraftfahrer in Ergänzung zur bestehenden Ausbildung insbesondere darin **geschult** werden, **sich unter extremen Wetterbedingungen richtig zu verhalten**. Nach Ansicht des Verkehrsausschusses müssen Berufskraftfahrer **alle fünf Jahre Weiterbildungsmaßnahmen im Ausmaß von 35 Stunden** absolvieren, wobei in diesem Zusammenhang der **Fokus auf Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsfragen** gelenkt werden soll.

Zur **erleichterten Anerkennung von Ausbildungsmaßnahmen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat absolviert wurden**, vertreten die Parlamentarier die Auffassung, dass für geleistete Qualifikationsmaßnahmen der **harmonisierte EU-Code 95** in den Führerschein einzutragen ist. Dieser Code weist nach, dass der Fahrzeugführer die einschlägigen Anforderungen erfüllt, womit alle Mitgliedstaaten dessen Qualifikationen anerkennen müssen.

Eine **Sonderregelung sollte für Fahrzeuge mit alternativen Antriebssystemen** – die in vielen Fällen schwerer sind, als konventionelle Antriebe – gelten. Fahrer der **Führerscheinklasse B**, dürfen grundsätzlich Fahrzeuge bis zu einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen lenken. In Bezug auf Fahrzeugen mit alternativen Antrieben wollen die Abgeordneten des Verkehrsausschusses diesen **Wert ausnahmsweise auf 4,25 Tonnen erhöhen**.

Die Verkehrsminister haben ihre Position bereits im Juni gefasst, sodass nun informelle Trilogverhandlungen eröffnet werden können. Da die Positionen von Rat und Parlament nicht gravierend voneinander abweichen, ist mit einer raschen Einigung zu rechnen.

Die Anerkennung der Ausbildung in unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten bereitet in Österreich weitergebildeten Fahrern zum Teil Probleme. **Maßnahmen, die diese Anerkennung erleichtern, sind daher zu begrüßen**.

Ganz grundsätzlich ist zu sagen, dass **mit dem Erfordernis der Grundschaubildung der Zugang zum Beruf des Kraftfahrers erschwert** wird, was den akut bestehenden Fahrermangel weiter verschärft. Aus diesem Grund tritt die Wirtschaftskammer Österreich dafür ein, dass angehende Fahrer ohne Grundqualifikation (nur auf Basis des Führerscheins) den Beruf für ein Jahr ausüben können sollen und die Grundqualifikation in diesem ersten Jahr absolviert wird.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

### Inhaltsverzeichnis

## ITRE-Ausschuss positioniert sich zur Gebäudeeffizienz-Richtlinie – trotz leichter Verbesserungen noch hoher Investitionsbedarf zur Förderung der E-Mobilität

Die Abgeordneten des **Industrieausschusses** des Europäischen Parlaments haben diese Woche über den **Vorschlag** zur Änderung der **Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** abgestimmt und dem Berichterstatter MEP Bendtsen ein **Mandat für die Aufnahme von informellen Trilogverhandlungen erteilt**.

Die Abgeordneten sprachen sich für die **Erstellung von langfristigen Renovierungsstrategien mit Meilensteinen für die Jahre 2030 und 2040** aus, um einen hoch energieeffizienten und dekarbonisierten Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Neben Maßnahmen zur Anregung von tiefgreifenden Renovierungen von Gebäuden und Maßnahmen zur Beschleunigung des Technologiewandels hin zu intelligenten und vernetzten Gebäuden, sollten – unter anderem – auch Schritte zur Verringerung der Energiearmut in den nationalen Strategien enthalten sein. Aus Sicht der WKÖ müssen nationale, langfristige Renovierungsstrategien im Einklang mit den nationalen Energie- und Klimaplänen erstellt werden. Eine **Fokussierung auf den langen Zeitraum über 2030 hinaus in Form von konkreten Zielen ist allerdings problematisch**, da es unmöglich ist, heute abzuschätzen, wie die politischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen mittel- bis langfristig sein werden. Ebenfalls **kritisch zu hinterfragen ist die vom Industrieausschuss teilweise vorgenommene Einbindung von sozialpolitischen Elementen** in ein technisches Regelwerk wie die „Gebäudeeffizienz-Richtlinie“.

Zur **Förderung der Elektromobilität** fordern die Parlamentarier, dass bei Nichtwohngebäuden die neu errichtet oder einer größeren Renovierung unterzogen werden ab zehn Stellplätzen **mindestens ein Ladepunkt** errichtet wird und **bei jedem zehnten Stellplatz eine Vorverkabelung oder Leerverrohrung** vorgesehen wird. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten **ab 2025 für alle Nichtwohngebäude** – d.h. auch jene, die nicht renoviert werden – eine **Mindestanzahl an zu errichtenden Ladepunkten** vorschreiben. Im Vergleich zum Kommissionsvorschlag, der bei den genannten Gebäudetypen vorsieht, dass 10 Prozent aller Stellplätze mit einem Ladepunkt zu versehen sind, ist dies zwar eine Verbesserung. Trotzdem stellt der im Industrieausschuss gefundene Kompromiss immer noch eine **unverhältnismäßige finanzielle Belastung** dar. Zu bevorzugen wäre eine Beschränkung auf die Installation von Kabelschächten Neubauten oder Bauten, die grundlegend renoviert werden um deren Parkplätze bereit für eine rasche Aufrüstung mit Ladestationen zu machen. Bestehende Gebäude, an denen keinerlei Renovierungsmaßnahmen durchgeführt werden, sollten grundsätzlich nicht von diesen Überlegungen erfasst sein.

Auch an dem von der Kommission vorgeschlagenen **„Smartness Indikator“** nahm das Europäische Parlament Änderungen vor. Im ursprünglichen Vorschlag wird die Zusammensetzung dieses Indikators nicht geregelt. Vielmehr sollte die Kommission nachträglich mittels delegierter Rechtsakte den Indikator genauer ausgestalten. Die Parlamentarier fordern in diesem Zusammenhang mehr Klarheit bereits in der Richtlinie. Konkret ergänzen sie das Regelwerk um einen eigenen **Anhang, in dem die Methodologie und das Design des Indikators festgeschrieben wird**, was zu begrüßen ist.

Sofern die Plenarversammlung Ende Oktober dieses Verhandlungsmandat bestätigt, können informelle Triloggespräche zwischen dem Parlament und dem Rat, der seine allgemeine Ausrichtung bereits Ende Juni gefasst hat, noch im November beginnen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis



## Mehrjähriger Finanzrahmen post-2020: Mehr Geld muss für Wirtschaft und Wachstum fließen

Der Budgetausschuss des Europäischen Parlaments hat in seiner Sitzung am Dienstag eine **Entschließung** angenommen, in dem er **Stellung zum Reflexionspapier für die Zukunft der EU-Financen** bezieht, welches die Kommission im Juni vorgelegt hatte. Die Abgeordneten vertreten unter anderem den Standpunkt, die Ausgabenobergrenze in Höhe von ein Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu durchbrechen und folglich den **Haushalt der Union deutlich aufzustocken**.

Darüber hinaus bekräftigt der Ausschuss sein Engagement für eine umfassende Reform des Eigenmittelsystems der EU und betont in diesem Zusammenhang, dass ein solches System eine ausgewogene Palette **neuer EU-Eigenmittel** umfassen sollte.

Die wirklichen Herausforderungen des nächsten EU-Haushalts liegen nach Ansicht der Wirtschaftskammer Österreich auf der Ausgabenseite und nicht auf der Einnahmenseite: Die **EU-Ausgaben** müssen **verstärkt auf einen europäischen Mehrwert ausgerichtet** und mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene verknüpft werden. Die WKÖ tritt dafür ein, dass der EU-Haushalt **ausgabenseitig einen Fokus auf die Ankurbelung von Wachstum und Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen** legt. Für neue **steuerbasierte Eigenmittel** wird keine Notwendigkeit gesehen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus anderen Bereichen

### Small Business Standards Konferenz: KMU müssen besser in Normungsprozess involviert sein

Small Business Standards – SBS, der Europäische Verband zur Vertretung von KMU im Normungsprozess auf europäischer und internationaler Ebene – veranstaltete in dieser Woche seine dritte Jahreskonferenz in Brüssel. Die Konferenz konzentrierte sich als Diskussionsplattform zum Thema Normung und KMU in diesem Jahr auf die **Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre seit Inkrafttreten der Verordnung zur Europäischen Normung**.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die meisten KMU diese Verordnung als „Türöffner“ bewerten, der ihre **Möglichkeit zur Beteiligung an der europäischen Normung verbessert**. Jedoch fühlen sich die KMU nach wie vor nicht voll in den Normungsprozess involviert und sehen neue **Herausforderungen, die mit sich rasch entwickelnden Bereichen wie der Digitalisierung** verbunden sind. SBS-Vorsitzende Almgren betonte bei der Konferenz in ihren Schlussworten, dass damit alle Unternehmen von Normung profitieren ein System nötig sei, in dem **alle Stakeholder auf Augenhöhe miteinander konkurrieren**.

2013 wurde SBS zur Vertretung der Interessen von KMU bei Normungstätigkeiten auf europäischer und internationaler Ebene gegründet. Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) hat von Anfang an aktiv bei SBS mitgewirkt. Der **wesentliche für österreichische Unternehmen relevante Anteil der Normen entsteht auf europäischer Ebene**. Die zunehmende Bedeutung europäischer und internationaler Normung ist daher eine der großen Herausforderungen aber auch Chancen in der Normungsarbeit für alle Beteiligten.



SBS-Vorsitzende Gunilla Almgren bei der Small Business Standards Konferenz in Brüssel, Bild: © Witness Images

Die Mitgliedschaft der WKÖ bei SBS ermöglicht eine frühzeitige Information über neue Normprojekte, eine darauf abgestimmte gezielte Entsendung von Experten und eine **Mitgestaltung** europäischer Normen sowie ein **proaktives Vorgehen** in der europäischen und internationalen Normungspolitik.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

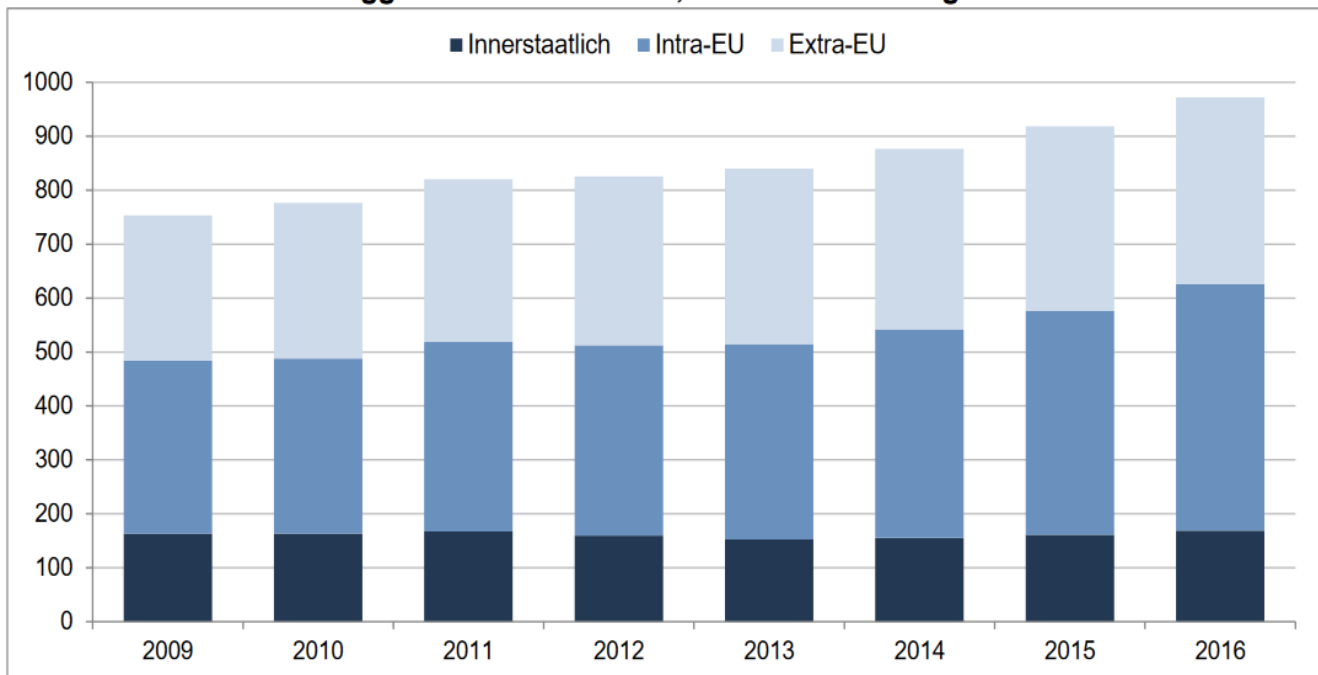
#### Inhaltsverzeichnis



### Europäer fliegen immer öfter

Im Jahr 2016 reisten 972,7 Millionen Passagiere in der Europäischen Union (EU) laut **eurostat** mit dem Flugzeug. Dies ist ein **Anstieg um 5,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2015** und **um 29,1 Prozent gegenüber 2009**. In diesem Zeitraum ist der Fluggastverkehr in der EU stetig gestiegen. Im Jahr 2016 machte der Intra-EU-Verkehr fast die Hälfte (47,0 Prozent) des gesamten Fluggastverkehrs in der EU aus und der Extra-EU-Verkehr mehr als ein Drittel (35,6 Prozent), während auf den innerstaatlichen Verkehr weniger als jeder fünfte Passagier (17,3 Prozent) entfiel.

## Fluggastverkehr in der EU, in Millionen Passagiere



Quelle: eurostat

Im Jahr 2016 wurde die größte Zahl von Fluggästen im **Vereinigten Königreich** verzeichnet, wo sich der Fluggastverkehr auf insgesamt 249 Millionen Passagiere belief. Darauf folgten **Deutschland** (201 Millionen Fluggäste), **Spanien** (194 Millionen), **Frankreich** (145 Millionen) und **Italien** (135 Millionen). In **Österreich** flogen rund 27 Millionen Passagier mit dem Flugzeug in den Urlaub oder auf Dienstreisen.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

### Inhaltsverzeichnis



## Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der EU sucht Finanzassistenz

Das Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) mit Sitz in Luxemburg sucht:

### Finanzassistenz

Funktions- und Besoldungsgruppe AST3-AST5

Referenz: CDT/IAM/17/01

Bewerbungen sind bis zum 7. November 2017 möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

### Inhaltsverzeichnis

## Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht ICT Officer

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

**ICT Officer**

Grade: FGIV, Referenz: EASO/2017/CA/005

Bewerbungen sind bis zum 8. November 2017 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

## StVÖ sucht Assistentin/Assistenten für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

Die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel sucht vom 2. Jänner 2018 bis 31. Dezember 2018:

**Assistentin/Assistenten für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft  
in der Abteilung Bundeskanzleramt (Vollzeit)**

Ausgezeichnete Kenntnisse der deutschen und englischen Sprache sowie gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift sind erforderlich, außerdem höchste Diskretion und Sicherheitsbewusstsein im Hinblick auf das Arbeitsumfeld.

Bewerbungen sind per [E-Mail](#) bis zum 30. November 2017 möglich, CC an [Frau Heidemarie Meissnitzer](#).

Inhaltsverzeichnis



### Sektorseminar „Nachhaltige Energie im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 21. November in Brüssel - Anmeldung noch bis 8. November möglich!

Am **21. November** findet in **Brüssel** das nächste **Sektorseminar** unter dem Titel **„Nachhaltige Energie im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“** statt, welches von der Ständigen Vertretung der Tschechischen Republik bei der EU und CEBRE, der Handelsvertretung der Tschechischen Republik bei der EU gemeinsam mit anderen Ständigen Vertretungen und Außenhandelsorganisationen organisiert wird.

Innerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die Jahre 2014-2020 sind im Rahmen der EU-Außenhilfeprogramme signifikante finanzielle Mittel für den Energiesektor vorgesehen, was Geschäftschancen für in diesem Sektor tätige österreichische Unternehmen eröffnet. Am Vormittag des Sektorseminars informieren Vertreter der **Europäischen Kommission und anderer Institutionen, wie beispielsweise der Europäischen Investitionsbank (EIB)**, über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der verschiedenen EU-Außenhilfeprogramme.

Am Nachmittag findet eine Firmenbörse statt, bei der die Teilnehmer Kontakte mit potenziellen **Kooperationspartnern** für künftige Ausschreibungen knüpfen können. Darüber hinaus wird es auch Gelegenheit geben, sich direkt mit Vertretern der EU-Institutionen, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und weiterer Organisationen auszutauschen.

Zielgruppe sind Konsulenten, Unternehmen und Investoren, die in folgenden Sektoren tätig sind:

- Energieerzeugung - Solar, Wind, Wasserkraft, Geothermie, Biokraftstoffe, Erdgas, Biomasse
- Energieinfrastruktur
- Energieeffizienz
- Ländliche Elektrifizierung
- Stromverteilung
- Exportförderung
- Machbarkeitsstudien
- Finanzierung und Investment
- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Qualitätsmanagement und Netzleistung
- Netzbetrieb und Wartung
- Forschung und Innovation, Technologie- und Know-how-Transfer
- Andere Geschäftsfelder im Bereich nachhaltige Energie und Umwel

Die **Teilnahmegebühr** pro Person beträgt **EUR 175,00 (exkl. Mwst, inkl. Erfrischungsgetränken, Mittagsbuffet sowie Seminarunterlagen)**, die **Vortragssprache** ist **Englisch**.

Die **Anmeldung** ist noch **bis zum 8. November** über die **Website des Sektorseminars** möglich, auf der Sie auch nähere Informationen zum Veranstaltungsort sowie das vorläufige **Programm** finden. **Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!**

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

#### Inhaltsverzeichnis

### WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in Brüssel

Am Dienstag, dem 17. Oktober 2017 um 19.00 Uhr wird in Brüssel der **19. „WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik“** in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU stattfinden. Dieser bereits seit 1997 regelmäßig ausgerichtete Informations- und Diskussionsabend bildet auch in diesem Jahr wieder eine hervorragende Gelegenheit für ein interessiertes Fachpublikum aus Vertretern von Unternehmen, EU-Institutionen und Organisationen sowie Rechtsanwaltskanzleien sich über aktuelle Entwicklungen im **österreichischen Kartellrecht** sowie über wettbewerbspolitische Eckpunkte zu informieren, wie z.B.:

- die mehrmals angekündigte und am 24. April 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlichte Reform des österreichischen Kartell- und Wettbewerbsrechts (KaWeRÄG 2017),
- die auf europäischer Ebene laufende Diskussion um die Reform des Public Enforcements (ECN+),
- die Aufarbeitung des sogenannten Trockenbaukartells, sowie die Klärung wichtiger Fragen um die Durchführung von Hausdurchsuchungen für Wettbewerbsbehörden aus anderen Mitgliedstaaten im Rahmen der Amtshilfe.

Ulrike Ginner, Referentin für Wettbewerbsrecht der Bundesarbeitskammer und Theodor Taurer, wettbewerbspolitischer Referent der Wirtschaftskammer Österreich – beide auch fachkundige Laienrichter beim Oberlandesgericht Wien als Kartellgericht – sowie Natalie Harsdorf, stellvertretende Geschäftsstellenleiterin der Bundeswettbewerbsbehörde, werden aus erster Hand über die im vergangenen Jahr angekündigten und nunmehr umgesetzten Weichenstellungen berichten und für Fragen und Diskussion zur Verfügung stehen.

Anmeldungen zum WKÖ-Round-Table sind noch per **E-Mail** möglich. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

#### Inhaltsverzeichnis

## Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2229. Sitzung am 18. Oktober 2017

### Grundrechte und Rechtsstaat / Digitaler Binnenmarkt / Justiz und Verbraucher

Bericht der Kommission über die jährliche Überprüfung der Funktionsweise des Datenschutzschildes EU-USA

### Grundrechte und Rechtsstaat / Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik / Migration, Inneres und Unionsbürgerschaft / Justiz, Verbraucher / Sicherheitsunion

#### Antiterrorismus- und Sicherheitspaket:

Elfter Bericht über Fortschritte auf dem Weg zu einer effizienten Sicherheitsunion

Mitteilung: Aktionsplan zur Verbesserung des Schutzes öffentlicher Räume

Mitteilung: Aktionsplan zur Verbesserung der Risikovorsorge für chemische, biologische, radiologische und nukleare Sicherheit

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens des Europarats zur Vermeidung des Terrorismus im Namen der Europäischen Union (SEV Nr. 196)

Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada über die Übermittlung und Verwendung von PNR-Daten (Passenger Name Record) zur Vermeidung und Bekämpfung von Terrorismus und anderen schweren Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität

#### Inhaltsverzeichnis

## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

### 16. Oktober Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien

Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets

### 16. Oktober Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Gemeinsame Anhörung der Ausschüsse EMPL und TRAN: Arbeitsbedingungen mobiler Arbeitnehmer im Verkehrssektor

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle kommender Woche:

### 19. Oktober Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-65/16 Istanbul Lojistik

#### Ungarische Transitsteuer auf türkische Lastwagen

In Ungarn wird auf LKW, die in einem Nicht-EU-Land - im vorliegenden Fall in der Türkei - zugelassen sind und für Warentransporte genutzt werden, jedes Mal eine Steuer erhoben, wenn sie zwecks Transits nach Ungarn einreisen, um in einen anderen Mitgliedstaat zu gelangen. Bei einer Kontrolle stellten die ungarischen Behörden fest, dass ein LKW des türkischen Transportunternehmens Istanbul Lojistik zwar über eine ungarisch-türkische Transitgenehmigung verfügte, dass aber die erforderliche Steuermarke fehlte. Sie verlangten daher eine Steuernachzahlung von etwa 200 Euro. Außerdem verhängten sie eine Steuergeldbuße von fast 1.000 Euro sowie eine Verwaltungsgeldbuße von gut 2.000 Euro. Gegen diese Bescheide hat Istanbul Lojistik Klage vor einem ungarischen Gericht erhoben. Dieses möchte vom EuGH nun wissen, ob die streitige Steuerregelung mit dem Unionsrecht vereinbar ist, insbesondere mit dem Assoziierungsabkommen EU-Türkei.

[Weitere Informationen](#)

### 19. Oktober Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-274/16 flightright, C-447/16 Becker und C-448/16 Barkan u.a.

#### Gerichtliche Zuständigkeit für Fluggastrechte bei gestaffelten Flügen

Das Amtsgericht Düsseldorf und der Bundesgerichtshof ersuchen den EuGH um Präzisierung der unionsrechtlichen Vorschriften über die gerichtliche Zuständigkeit (Brüssel-I-Verordnung) im Fall der Geltendmachung von Fluggastrechten (wie Ausgleichszahlungen wegen Flugverspätung und Boardingverweigerung) bei gestaffelten Flügen. In allen drei Fällen wurde bei einer Fluglinie eine aus mehreren Teilstrecken bestehende Gesamtstrecke gebucht. In zwei Fällen trat die Verspätung auf einer ersten Teilstrecke (Ibiza - Palma de Mallorca bzw. Melilla - Madrid) auf, die von einer anderen Fluglinie durchgeführt wurde. Können die Fluggäste diese ausführenden Fluglinien der ersten Teilstrecke vor den Gerichten am Endziel (Düsseldorf bzw. Frankfurt am Main) verklagen? Im dritten Fall macht der Fluggast geltend, ihm sei von der Fluglinie, bei der er die Gesamtstrecke gebucht hatte (Berlin - Brüssel - Peking), die selbst aber nur die zweite Teilstrecke (Brüssel - Peking) durchgeführt habe, für eben diese zweite Teilstrecke (in Brüssel) das Boarding verweigert worden. Kann er nun diese Fluglinie am Abflugort der ersten Teilstrecke (Berlin) auf Ausgleichszahlung verklagen? Generalanwalt Bobek legt heute seine Schlussanträge vor.

[Weitere Informationen C-274/16](#)

[Weitere Informationen C-447/16](#)

[Weitere Informationen C-448/16](#)

Inhaltsverzeichnis

## Bank- und Finanzwesen

Öffentliche Konsultation - Nachhandelsmärkte und Kapitalmarktunion: Abbau von Hindernissen und Strategie für die Zukunft  
23.08.2017 - 15.11.2017

## Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Industrie

Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Unternehmensservern und -datenspeichern  
10.07.2017 - 23.10.2017

## Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie)  
19.09.2017 - 12.12.2017

## Energie

Öffentliche Konsultation zur Bewertung und Überprüfung des EU-Reifenkennzeichnungssystems  
10.10.2017 - 08.01.2018

## Finanzen

Öffentliche Konsultation zur Entwicklung von Sekundärmärkten für notleidende Kredite und notleidende Vermögenswerte sowie Schutz der Gläubiger vor Kreditnehmer-Ausfall  
10.07.2017 - 20.10.2017

## Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz

Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette  
16.08.2017 - 17.11.2017

## Umwelt, Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Batterienrichtlinie  
06.09.2017 - 28.11.2017

Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluierung der Europäischen Umweltagentur und ihres Europäischen Umweltinformations- und Beobachtungsnetzes  
17.07.2017 - 23.10.2017

Öffentliche Konsultation zur Untersuchung von Optionen zur Reduzierung von Mikroplastik-Freisetzung in die Umwelt  
26.06.2017 - 16.10.2017

## Inhaltsverzeichnis



## Verkehr

Öffentliche Konsultation zur EU-Luftschutzliste ("Black List of Airlines") Verordnung  
11.08.2017 - 07.11.2017

Rationellere Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)  
01.08.2017 - 09.11.2017

Öffentliche Konsultation zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme  
10.10.2017 - 05.01.2018

## Zoll

Öffentliche Konsultation zum Austausch von Zollinformationen mit Drittländern  
17.07.2017 - 16.10.2017

### Inhaltsverzeichnis